

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musikerisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. Das Laubend, zusätzlich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 23

Dienstag, den 23. Februar 1932

34. Jahrg

## Brennholzversteigerung.

Donnerstag, den 25. Februar, um 10 Uhr, sollen im Stadtfeld **Doppin**

- 43 rm tief. Scheitholz,
- 60 rm tief. Kollholz,
- 14 rm buch. Kollholz,
- 14 rm eich. Kollholz,
- 5 rm birk. Kollholz und
- 34 Reifighaufen

versteigert werden. Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 19. Februar 1932.

Der Magistrat.

Der Reichskommissar Berlin, am 4. Februar 1932.

Centung der Flächenberechnung.

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 747) trifft ich folgende Anordnung:

- Die Preise für Holzdenkmal werden bei Abgabe an den Verbraucher gegenüber dem Ende vom 8. Dezember 1931 mit Wirkung vom 6. Februar ab wie folgt festgesetzt:  
a) Soweit nach den bisherigen Verkaufspreisen das 1/200 Liter mit höchstens 4 Pf. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:  
bei Flächen bis 1/200 Liter Inhalt . . . . . um 1 Pf.  
bei Flächen bis 1/100 Liter Inhalt . . . . . um 2 Pf.  
bei Flächen bis 1/50 Liter Inhalt ausschließlich . . . . . um 3 Pf.  
bei Flächen von 1/50 Liter Inhalt . . . . . um 4 Pf.  
b) Soweit nach den bisherigen Verkaufspreisen das 1/100 Liter mit höchstens 5 Pf. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:  
bei Flächen bis 1/100 Liter Inhalt . . . . . um 1 Pf.  
bei Flächen bis 1/50 Liter Inhalt . . . . . um 2 Pf.  
bei Flächen bis 1/25 Liter Inhalt ausschließlich . . . . . um 4 Pf.  
bei Flächen von 1/25 Liter Inhalt . . . . . um 6 Pf.  
c) Soweit nach den bisherigen Verkaufspreisen das 1/20 Liter mit mehr als 5 Pf. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:  
bei Flächen bis 1/200 Liter Inhalt . . . . . um 2 Pf.  
bei Flächen bis 1/100 Liter Inhalt . . . . . um 4 Pf.  
bei Flächen von 1/100 Liter Inhalt ausschließlich . . . . . um 6 Pf.  
bei Flächen von 1/50 Liter Inhalt . . . . . um 8 Pf.  
Soweit beim Inkrafttreten dieser Anordnung die Preise gegenüber dem Ende vom 8. Dezember 1931 bereits festgesetzt sind, bleibt es bei dem weitergehenden Festsetzen.  
gez. Dr. Goebel.

Veröffentlicht: Kemberg, den 22. Februar 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

## Stadtverordneten-Sitzung

Wittwoch, den 24. Febr., 20 Uhr, im Rathause.

- 1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
- 2. Kenntnisnahmen,
- 3. Weisung für einen Haushaltungskursus,
- 4. Kraftfabrikne Kemberg-Bergwitz-Selbig,
- 5. Baulandverkauf,
- 6. Sonderunterstützungen für Erwerbslose.

Hierauf geschlossene Sitzung. Zutrittsbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlastkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlastkarten sind ungültig.

Kemberg, den 20. Februar 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher. D. Budley.

## Aufgebot!

Das Sparbuch Nr. 3567 unserer Kasse, lautend auf Fräulein Martha Noak, Kemberg, mit einem Papiermarkbestand von Mark 620.— ist als verloren gemeldet worden. Wir weisen hiermit darauf hin, daß die Kratlosklärung des vorstehenden Sparbuchs gemäß § 20 Abs. 1 unserer Satzung erfolgen wird, sofern uns das Buch nicht binnen 4 Wochen vorgelegt wird.

Kemberg, den 19. Februar 1932.

Der Vorstand der Stadtkasse zu Kemberg.

## Kaupenvertilgung.

Die Wäpser und Nuznießer von Obstbäumen, Obstgärten usw. haben Bäume und Buschwerk spätestens bis 10. März von Kaupenestern und Blutläusen gründlich zu reinigen. Das gesammelte Ungeziefer und dessen Brutstätten sind

durch Verbrennen zu beseitigen. Unterlassung der Reinigung wird bestraft und auf Kosten der Säumigen von hier veranlaßt.

Kemberg, den 19. Februar 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Der Kreisbauemteiler kommt nicht morgen, sondern erst nächsten Dienstag zur Beratung.

Kemberg, den 22. Februar 1932.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 25. Februar, 14 Uhr,

## Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal. Kemberg, den 22. Februar 1932.

Der Magistrat.

## Rege Parlamentsarbeit.

Die Verhandlungen dieser Woche. Berlin, 21. Februar

Mit Beginn der Woche wird im Reichstagsgebäude wieder der Betrieb einsetzt. Im Laufe des Montag treten die Fraktionen des Christlichsozialen Volksdienstes, der Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zusammen, um die politische Lage zu besprechen und sich insbesondere auch über ihre Haltung in dem am Dienstag nachmittag beginnenden neuen Sitzungsdienstag zu verständigen.

Gegen Abend findet eine Sitzung des Ausschusses statt, der die Dauer des Tagungsabschnittes festlegen und auch darüber beschließen wird, ob die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und einzelne Reichsminister gegenüber zur Beratung gestellt oder mit der Beschlußfassung über die Wahlfrage für die Reichspräsidentenwahl in Verbindung gebracht werden sollen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß sich im Anschluß an die Reichstags-Sitzung eine solche Verbindung ergeben wird, so daß dann schon in der Dienstsitzung nach einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers über den Zeitpunkt der Wahl die große politische Aussprache beginnen könnte.

Am Dienstag werden vor Beginn der Vollziehung noch weitere Fraktionen zusammenzutreten. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen werden, wie sie bereits angekündigt haben, an den Reichstagsverhandlungen wieder teilnehmen und auch ihrerseits Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung oder einzelne Minister und andere Anträge auf Auflösung von Notverordnungen und Reichstagsauflösung einbringen.

## Zwangsvollstreckung in der Landwirtschaft

Ergänzungs-Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren vom 19. Februar 1932 belagt u. a.:

Bei Arbeitnehmern in landwirtschaftlichen Betrieben, die Naturalvergütungen erhalten, sind die ihnen als Vergütung gelieferten Naturalien sowie das davon ernährte Vieh unpfändbar.

§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Frühjahrsernte und Saalgutverwertung vom 23. Januar 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 32) erhält folgende Fassung:

„Die sich aus den Vorschriften der §§ 1 bis 4 ergebenden Rechte können nicht geltend gemacht werden, solange über einen Betrieb das Sicherungsverfahren nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entlohnung im Obhliegsgebiet vom 17. November 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 675) schwebt.“

Hat der Inhaber eines Betriebes, über den das Sicherungsverfahren nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entlohnung im Obhliegsgebiet vom 17. November 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 675) eröffnet ist, mit Zustimmung des Treuhänders Dingenmittel, Saalgut oder Futtermittel beschafft, die im Rahmen der bisherigen Wirtschaftsweise zur ordnungsmäßigen Aufrechterhaltung des Betriebes benötigt werden, so haben Ansprüche aus diesen Lieferungen im Falle der Aufhebung des Sicherungsverfahrens den in § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsvollstreckungsgesetzes bezeichneten Rang. Das gleiche gilt von Krediten, die zur Befriedigung dieser Lieferungen in der für derartige Geschäfte üblichen Weise aufgenommen sind.

Hatte die Eröffnung des Sicherungsverfahrens die Aufhebung einer Zwangsverwaltung zur Folge, so haben die Ansprüche, die in dem aufgehobenen Verfahren nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsvollstreckungsgesetzes bevorzugt waren, das gleiche Vorkort bei einer Zwangsversteigerung oder Zwangsverwertung, die innerhalb von drei Monaten nach Aufhebung des Sicherungsverfahrens beantragt wird. Ist über einen auf Grund der alten Distributionspflicht 1927/28 des Beleges über Vorkortpflichtige Hilfe für Ostpreußen vom 18. Mai 1929 oder der Verordnung des Reichsprä-

äsidenten vom 26. Juli 1930 umgeschuldeten Betrieb die Zwangsvollstreckung angeordnet, so ist der Antrag auf Eröffnung des Sicherungsverfahrens unzulässig.

## NSDAP. verlangt Wahlfreiheit.

Telegramme des Hg. Goebbels an Hindenburg und Groener. Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels hat an den Reichspräsidenten ein folgendes Telegramm geschickt: „Als Reichspropagandaleiter der NSDAP bitte ich Sie, daß die durch die Notverordnungen erfolgte Einschränkung der Berathungs-, Kundgebungs- und Pressefreiheit wieder befristet für die Dauer der bevorstehenden Wahlen aufgehoben wird, damit ein durch keinerlei behördliche Einflüsse getriebenes sachliches Ergebnis der Wahl zustande kommt.“

In einem weiteren Telegramm an den Reichspräsidenten heißt es: „Es widerspricht dem Begriff der Wahlfreiheit, daß auch jetzt noch nach Eröffnung des Wahlkampfes durch Vertilgung der Kandidatur Hindenburg durch die Notverordnungen erfolgte Einschränkung der Berathungs-, Kundgebungs- und Pressefreiheit wieder befristet Artikel 125 der Reichsverfassung gebietet nicht zu den Wahlen, die durch Artikel 48 der Reichsverfassung aufgehoben werden können. Wir erwarten daher von Ihnen als Verfassungsmittler, daß Sie für umgehende Aufhebung der einschlägigen Notverordnungsbestimmungen Sorge tragen.“

## Die Deutschnationalen schließen sich an.

In der Vorberathung der DNB, wurde eine Entschließung angenommen, in der „wenigstens für die bevorstehenden Wahlen eine Aufhebung der durch die Art. 48 und 125 der Reichsverfassung angeordneten Beschränkungen“ gefordert wird.

## Memefrage vor dem Rat.

Eine scharfe Rede Bülow. Genf, 21. Februar.

Der Völkerverbundrat ist unverweert. Weile zur Behandlung der Memefrage einberufen worden, da der Reichspräsident Paul-Boncour sich nach dem Nachmittag nach Paris zu den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung begibt. Die Lage muß durchaus als ernst bezeichnet werden.

Infolge des hartnäckigen Widerstandes des litauischen Außenministers ist der vom Völkerverbundrat auf der letzten Sonntags-Sitzung angeforderte Bericht der drei Kronjuristen nicht zustande gekommen.

Der Völkerverbundrat steht daher zunächst vor einer Lage, für die bisher noch kein Ausweg gefunden ist, da die Ablehnung einer jeden Lösung durch den litauischen Außenminister eine Beschlußfassung des Völkerverbundrates unmöglich macht. Der litauische Außenminister läßt sich auf die für alle Beschlüsse des Völkerverbundrates geltende Bestimmung der Einstimmigkeit, da Litauen, das nicht Mitglied des Völkerverbundrates ist, nach der Verfassung des Völkerverbundtes in einem Streitfall als Mitglied des Rates angesehen wird. In der Aussprache verlangte der Berichterstatter Colban,

in seinem Vorschlag an den Rat Festhaltung der jetzigen normalen Lage im Memelgebiet, dringende Maßnahmen, um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern, und sofortige Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums auf der Grundlage des Vertrauens des Senates.

Zur Klärung der Rechtsfrage istung der Berichterstatter vor, ein Gutachten des Haager Schlichters einzuholen.

Der litauische Außenminister J a n u s i u s lehnte den Bericht ab. Er behauptete, die gegenwärtige Weisheit im Landtag hände unter fremdem Einfluß. Die litauische Regierung werde daher zu einer Auflösung des Landtages schreiten müssen.

## Staatssekretär von Bülow

nach dann in ungeduldigem faarum Ton eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß ohne jede rechtliche Begründung seit Jahren im Memelgebiet ein Kriegszustand herrsche, daß die litauische Regierung die in der Autonomie festgelegte Presse-, Berathungs- und persönliche Freiheit eingeschränkt habe und Schutztruppen aus fremden Elementen gebildet worden seien, um die Bevölkerung dem Willen des Gouverneurs gefügig zu machen.

Seit Jahren lagen fortgesetzte planmäßige Eingriffe der litauischen Regierung gegen die Memelautonomie vor. Das Verbot der Reise der Mitglieder des Landtages nach Genf sei ein deutlicher Beweis dafür, daß die litauische Regierung offensichtlich alles Interesse habe, den wahren Zustand im Memelgebiet zu verhehlen. Die finanziellen Beziehungen zwischen Litauen und dem Memelgebiet seien seit Jahren in Unordnung. Der Rat müsse jetzt also auf diese Frage in Ordnung bringen. Die Bildung des verfassungsmäßigen letzten Direktoriums sei nur unter dem Druck des Rates erfolgt.

Obwohl das Direktorium vom Landtag revidiert worden sei, habe die litauische Regierung, ohne ein Verfahren ein-



...letten, den Präsidenten des Landtags verhalten, die Mitglieder ihres Amtes entbunden. Die Erklärung des litauischen Außenministers, daß Neuwahlen vorgenommen werden müssen, stelle einen neuen Druck der Memel-Autonomie vor.

Er müsse in aller Form Verabbarung gegen diese Absicht einlegen. Der Berichterstatter habe einen Bericht vorgelegt, in dem der Ernst der Lage im Memelgebiet und die Dringlichkeit der Abhilfe anerkannt werden.

In dem Vorgehen der litauischen Regierung liege zweifellos eine Verletzung des Memelstatuts. Die Regierung Litauens, diese Verletzung der höchsten Instanz zu unterbreiten, müsse mit jedem Rechtsempfinden in Widerspruch. Abgesehen davon, daß die Haltung Litauens kein Beweis für die Richtigkeit der litauischen These zu sein scheine, müsse er entschieden Verwahrung gegen diese Haltung der litauischen Regierung einlegen.

Dem Völkerverbund komme nach Artikel 17 Absatz 1 des Statuts die Rolle eines Hüters des Statuts zu. Er sollte danach in der Lage sein, gegebenenfalls Unrecht wieder gutzumachen, wenn der Artikel 17 nicht bloß ein Trugbild sein sollte. Sollte infolge unwirksamer und vermittelnder Mängel des Statuts die Lage außerordentlich sein, die Abhilfe zu erfüllen, die ihm das Statut zuweist, mehr noch, sollte er außerhalb sein, eine Aufgabe zu erfüllen, die die Weltöffentlichkeit von ihm erwartet, die Erfüllung der Verträge zu gewährleisten, gefährdete Volksteile vor Entrechtung zu schützen, Rechtsbrüche wieder gutzumachen? Es hat keinen Zweck, daß wir uns über den Ernst der Lage täuschen. Wir haben einen ausgezeichneten Berichterstatter gewählt, der zur Beurteilung der vorliegenden Frage berufen erscheint und dem die hervorragenden Juristen der Unterzeichnermächte zur Seite gestanden haben, die wie wir wissen, die größte Mühe haben, der Sache Herr zu werden. Es ist ihnen offensichtlich nicht gelungen, und das ist nicht ihr Schuld.

Ich warne dringend davor, sich mit einem solchen Vorgehen des Völkerverbundes und des Memelstatuts abzufinden. Es hat keinen Zweck, daß wir die Auswirkungen eines derartigen Misserfolgs beschönigen. Wir würden damit weder uns noch die Öffentlichkeit oder wenigstens die unmittelbar davon Betroffenen, die Memelländer, täuschen. Wir dürfen uns aber nicht dabei beruhigen, daß es etwa bei einem solchen negativen Ergebnis kein Verwenden zu behalten kann. Das wäre für den Völkerverbund fast ebenso verheerend wie für die Memelländer, die so gut wie restlos der Willkür einer ihr nicht wohlgesonnenen Obrigkeit ausgesetzt wären. Die vier alliierten Hauptmächte, deren Unterzeichnung dieses unzulänglichen Memelstatuts steht, das sich in das Gegenteil ihrer Absicht verkehren wird, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Im Interesse des Friedens und des guten Einvernehmens zwischen den Völkern, im Interesse von Recht und Gerechtigkeit, wende ich mich jetzt hier an die vier Unterzeichnermächte mit der Bitte, daß sie der Verantwortung Rechnung tragen, die sie übernommen haben und daß sie von ihren Rechten gegenüber Litauen Gebrauch machen, die sie sich in Artikel 17 Absatz 2 vorbehalten.

Sie haben die Möglichkeit, den Fall alsbald vor den internationalen Gerichtshof zu ziehen. Auf diesem Wege ist eine Entscheidung der Rechts- und Laizfrage möglich. Litauen wird dann nicht umhin können, sich dem Spruch des höchsten internationalen Gerichtshofs der Welt zu fügen.

Zumius vermehrte sich gegen die Erklärungen Bülow's, die gegen die Ehre Litauens verstießen. Er behauptete dabei, Bülow habe sich in die inneren Angelegenheiten Litauens eingemischt. Er sei im Rat als Vertreter der Befreiung des Memellandes aufgetreten. Dies sei eine reine Demagogie. Litauen habe immer freie internationale Verpflichtungen erfüllt.

Der Vertreter der englischen Regierung erklärte, daß die gegenwärtige Lage im Memelgebiet zweifellos unnormal sei. Die erste Aufgabe sei jetzt, ein neues Direktorium zu schaffen, das das Vertrauen des Landtages habe.

Er bedauere, daß Litauen die Einholung eines Gutachtens des internationalen Gerichtshofs verweigere. Der Appell des Berichterstatters und der deutschen Regierung an die vier Unterzeichnermächte sei sehr richtig. Er werde diesen Appell jeder Regierung übermitteln, und wisse nicht, daß diese ihm die ernsteste Aufmerksamkeit schenken würde.

Die Vertreter der drei übrigen Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens, Frankreich, Italien und Japan schloßen sich den Erklärungen des englischen Vertreters an.

**JLSE RÖMER**  
Roman von Elisabeth Borchart  
67. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Er befaß dem Buchchen, den Grafen zu weden, denn er sei sein Bruder und habe Wichtiges mit ihm zu besprechen. In dem kleinen, sehr elegant ausgestatteten Salon, in dem der Buche ihn eintraten ließ, lag es nicht gerade peinlich ordentlich aus. Auf Stühlen und Tischen lagen allerhand Toilettegegenstände, die gestern Abend wohl in der Ecke dorthin geworfen worden waren.  
Konrad machte einen Stuhl frei, ließ sich darauf nieder und wartete.  
Es dauerte eine gute Weile, ehe Horst eintrat. Er sah übermüdet und verkommen aus, und unter den Augen lagen tiefe Ränder.  
Den Bruder begrüßte er mit einer Herzlichkeit, als wenn die letzte Szene in Thoorra gänzlich aus seinem Gedächtnis geschwunden wäre, aber Konrad blieb gemessen, ernst und zurückhaltend.  
„Ich komme auf deinen Brief“, sagte er, „aber es muß wohl nicht so schlimm mit dir stehen, da du noch Lust und Geld hastest, eine ganze Nacht hindurch zu schlummern.“  
„Es war ein Liebesmahl, von dem ich mich nicht zurückziehen konnte — es war alles Bumm — ich bin müde, und hilf mir nicht, denn bleibt mir nur die Pilske. Dort liegt sie schon geladen auf dem Schreibtisch.“  
Wieder überkam Konrad ein Gel. „Soll das eine Drohung sein?“  
„Konrad, es ist mir wahrlich bitterer Ernst!“  
„Über du hast kein Recht, deinem Leben freudlos ein Ende zu machen, denn du hast auf der Erde noch große, heilige Pflichten zu erfüllen.“  
Horst sah ihn erstaunt an: „Vielleicht gebracht es ihm heute in der Ratsstimmung an der nötigen Fällungs-

### Haager Gutachten angefordert.

Die Vorschläge des Berichterstatters Colban wurden so dann unter ausdrücklichem Vorbehalt des litauischen Außenministers angenommen. Sie betreffen aus folgenden vier Punkten:

1. Beweishafte Einwirkung sämtlicher internationaler Verpflichtungen der für das Memelgebiet in Frage kommenden Bestimmungen.
2. Die Lage im Memelgebiet ist außerordentlich ernst; dringende Maßnahmen zur Vermeidung jeder Verschärfung der Lage müssen jetzt ergriffen werden.
3. Solange Bildung eines rechtswirksamen Direktoriums, das sich dem Landtag vorstellen und sein Vertrauen haben muß.
4. Änderung der Rechtslage, die die Überzeugung des Präsidenten bisher rechtmäßig war oder nicht, durch den Haager Gerichtshof.

Nach der Annahme der Vorschläge Colbans wurde die Sitzung geschlossen.  
Die Debatte des Völkerverbundes über die deutsche Memelbeschwerde am Sonabendmittag war ein ebenbürtiges Schauspiel wie die Ratssitzung über den fernöstlichen Konflikt. Der deutsche Vertreter, Staatssekretär von Bülow, hat zwar ein klares Bild des litauischen Rechtsdrucks gegeben und auf die gefährlichen Folgen eines Verlangens des Rates hingewiesen, aus der Berichterstatter Colbans an den Rat ging aber hervor, daß es Litauen gelungen ist, eine einmütige Stellungnahme des Rates in der Frage der Prüfung der Rechtslage zu hinterziehen, und somit ist nur der Zwang geblieben, die Signatarmächte des Memelstatuts, England, Frankreich, Italien und Japan zu erlösen, daß sie von sich aus den Haager internationalen Gerichtshof um eine Entscheidung anfragen, aber das bedeutet eine Hinauszögerung der Entscheidung und die Schaffung eines Schwerezustandes, der Litauen gewiß nicht abschrecken wird, wenn es neue Gewaltverhältnisse plant. Das Ergebnis bleibt höchst unbefriedigend.

### Gegen den Memeler Rechtsbruch.

Der deutsch-nationale Parteivorstand hat ferner zum Memelkonflikt eine Entschliessung gefaßt, die sich scharf gegen den litauischen Rechtsbruch wendet. Es wird darauf hingewiesen, daß es auch für ein militärisch entwaffnetes Volk wirksame Kampfmittel gebe, um Rechtsverletzungen zu ahnden. Die Deutschland-nationale Parteivorstand verfolge mit Empörung und Mißbilligung das Schicksal des Memellandes und der anderen germanischen Gebiete. Ihr gegenwärtiger Kampf mit dem Ziel des Sturzes des herrschenden politischen Systems solle auch endlich den wirksamen Schutz der heute noch außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen zur Folge haben.

### Lordiens Intrigen.

Painlevé verzögert.

Paris, 21. Februar.  
Painlevé hat sich in den frühen Morgenstunden des Sonabends entschlossen, auf die Regierungsbildung zu verzichten, nachdem er bis gegen vier Uhr morgens vergebens versucht hatte, ein lebensfähiges Kabinett auf die Füße zu stellen.

Der ehemalige Kriegsminister gab gegenüber der Presse eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er sich am Sonabendvormittag zum Präsidenten der Republik begeben werde, um den ihm erteilten Auftrag zurückzugeben. Zwei Tage lang habe er versucht, seine Aufgabe, nämlich die Bildung einer Regierung der Verständigung zu erfüllen, sei dabei aber auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen.

Die vergeblichen Bemühungen Painlevés, ein lebensfähiges Kabinett zu bilden, haben endgültig den Beweis geliefert, daß bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Kammer weder eine große Koalition, noch ein sogenanntes „Kabinett der Verständigung“ möglich ist. Da zweifellos auch jede andere Kombination scheitern muß, ist es sehr unwahrscheinlich, daß der Staatspräsident, der am Sonabend seine Verhandlungen wiederaufnehmen wird, noch einmal versucht, eine mehr oder weniger neutrale Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu beauftragen.

Tardieu scheint nach wie vor die einzige Persönlichkeit zu sein, die im Augenblick eine Regierung zustande bringen könnte, deren Lebensfähigkeit bis zu den Wahlen gesichert ist. Ein solches Kabinett würde naturgemäß, zumal bei dem Gerede nach dem nächsten Canal sehr schwierig sein und sich auf der bisherigen Mehrheit der Kammer aufbauen. Tardieu, der auch diesmal wieder ganz besonders geschickt manövriert hat, und den auch die Verantwortung für das

Scheitern der Bemühungen Painlevés trifft, scheint auch geeignet zu sein, eine Beauftragung anzunehmen.

Lardieu gab der Presse eine Erklärung ab, in der er die Gründe auseinandersetzte, die ihn und seine politischen Freunde daran gehindert hätten, in die von Painlevé beabsichtigte Regierung einzutreten. Er betonte, daß zwischen ihm und Painlevé ursprünglich verabredet gewesen sei, das Außenministerium, das Innenministerium, den Haushalt, die Kolonien und die Pensionen an ihn, Laval, Briard, Reynaud und Champetier de Ribes abzutreten, während das Innenministerium an den Senator Jonnart fallen sollte. Außerdem sollte die Marinegruppe durch zwei Mitglieder in der neuen Regierung vertreten sein. Entgegen der Erwartung habe Painlevé plötzlich das Innenministerium für sich selbst beansprucht. Er habe ihn darauf aufmerksamer gemacht, daß selbst Poincaré im Jahre 1926 das Innenministerium an eine Persönlichkeit abgetreten habe, die nicht seiner Gruppe angehöre, und daß es unmöglich sei, dieses so wichtige Ministerium mit einem Mitglied der Minderheit zu besetzen. Die Schwierigkeiten hätten sich weniger um die Besetzung des Außenministeriums, als um diejenige der Besetzung des Innenministeriums gedreht. Das Painlevé zwischen dem französischen Vertreter in Genf, Paul-Boncour, angetragen habe. Unter allen diesen Umständen hätten er und seine politischen Freunde sich gezwungen gesehen, auf die Mitarbeit an der neuen Regierung zu verzichten.

### Das Ringen um Schanghai.

Erbitterte Kämpfe um Wufung und Tschapei.

Schanghai, 21. Februar.  
Die große Schlacht um Schanghai ist in vollen Gange. Die Chinesen sehen den japanischen Angriffen stärksten Widerstand entgegen.

Die japanischen Angriffe begannen mit dem Einbruch der Nacht. Bald darauf verdrängten japanische Truppen, zwischen Wufung und Kiangwan vorzudringen, während bei Tschapei und bei der Nordostschanghai-Eisenbahnstrecke das Feuer nur schwach war. Später wurden japanische Stütztruppen zum Angriff gegen Wufung außerhalb von Tschapei und aus dem hongkong-Bereich herauf mit der Richtung auf Kiangwan angeheißt. Ihr Ziel ist die Wufung-Eisenbahn. Japanische Flugzeuge eröffneten das Bombardement des Kiangwan.

Auf chinesischer Seite ist die 87. und 88. Division, die Truppe des Marschalls Tschiangkai-schi, ins Gefecht gekommen, während die Japaner bisher immer nur gegen die 19. kantonesische Division gekämpft hatten und während der Verhandlungen auch immer deren Rückzug forderten. Es gelang den Japanern, in Kiangwan ein einzubringen. Durch energischen Gegenstoß eroberten die Chinesen jedoch die wichtigsten strategischen Plätze zurück. Die japanischen Einheiten wurden wieder zurückgedrängt. Verloren aufgelistet 10,5 Zehntausend-Gefallene der Chinesen letzten die von den Japanern eingelegten Tants teilweise außer Gefecht oder jagen sie zum Rückzug.

Über die Japaner letzten ihre Angriffe fort. Es ist ihnen gelungen, das Gebäude des Sportklubs wieder zu besetzen, das im äußeren Westteil von Kiangwan liegt. Nördlich von Kiangwan sind die Japaner neuerdings in die vorderen Verteidigungslinien der Chinesen eingebrochen. Die sich aber — scheinbar planmäßig und gut überdacht — auf ihre zweite Linie zurückzogen. Auch die erste Räumung von Kiangwan war anscheinend ein Teil eines vorher durchdachten Plans, der richtig erkannt wurde, daß Kiangwan der Mittelpunkt der Kämpfe werden würde. Es war dort ein weiterverbreitetes Schützengrabensystem angelegt, aus dem heraus die Chinesen erfolgreich ihre Gegenangriffe machten. Vor den Stellungen befinden sich Landminen, von denen eine unmittelbar vor einem japanischen Tants zur Explosion gebracht wurde.

Auf japanischer Seite waren drei Infanteriekolonnen aus verschiedenen Richtungen auf Kiangwan angelegt. Ihre Angriffe wurden durch Artillerie unterstützt, die nördlich vom hongkong-Bereich und in ihm aufgestellt war. Der japanische Oberbefehlshaber General Ugeda hat das Hauptquartier von der internationalen Niederlassung heraus näher an die Kiangwan-Front verlegt.

Die japanischen Tants konnten wegen des energischen chinesischen Widerstandes und der Unmöglichkeit, die bognliegenden Stimpfe zu überqueren, nichts erreichen. Die Japaner werden, daß an anderen Stellen der Kiangwan-Front die Chinesen zurückdrängen. Japanische Flugzeuge bombardieren die Wufung-Forts, die auch von Artillerie-Granaten belegt werden.

traft. Er verstand Konrads Worte ganz und gar nicht. Konrad ließ ihm auch nicht lange Zeit zum Überlegen.  
„Söre, Horst, noch ein letztes Mal will ich dir helfen, aber nur unter einer Bedingung.“  
„Gut“, fiel Horst ein, „ich verpöche hiermit feierlich, mich in Zukunft zu bessern.“  
„Ein Verpöchen, das du ebenso leichtsinig gibst wie brüchig! Diesmal ist es jedoch etwas anderes, was vorschlägt zu deiner Besserung beitragen kann.“ Er sah ihn scharf und durchdringend an: „Du wirst Gilla Baumann heiraten.“  
Die Wirtin dieser Worte war eine außerordentliche. Horst verstaubte sich und taumelte einige Schritte zurück. Dann rief er zornig aus:  
„Was fällt dir ein, Konrad? Du bist nicht bei Trost.“  
„Ich bin vollkommen bei Trost, wenn das Gegenstück auch vöelleicht — doch lächerlich wie hierüber. Was ich fordere ist mir heiliger Ernst.“  
„So hat der alte Schwäher, der Baumann, dich geklemmt?“  
„Mich hat niemand geklemmt, ich handle nach eigenem Ermessen.“  
„Dann hast du die Absicht, mich moralisch und gesellschaftlich zu vernichten!“  
„Warum vernichten? Ich verheiräte dich nicht!“  
„Die Tochter eines Anwaltors zu heiraten, dafür hält dich ein Graf Umar zu hoch.“  
„Aber ein ungeschicktes Rind, dieselbe Tochter dieses Anwaltors, zu verheiraten, das hält sich ein Graf Umar nicht zu hoch, wie?“  
„Nimm doch Barmut an; man heiratet doch nicht seine Geliebte!“  
„Wenn man ihr das Eheverpöchen gibt, wohl.“  
„Das Eheverpöchen? Ich gab keins — das ist erlogen!“ rief Horst aufgebracht.  
„Schurke!“  
Das Wort war gefallen, und einen Augenblick moßen sich die Brüder mit sorniaen Blicken.

„Wenn du nicht mein Bruder wärest, solltest du mir Genuatung dafür geben“, brüchte Horst endlich zwischen den Zähnen hervor. „Er war aufzuerstern und hatte sich drohend vor den Bruder gestellt, doch dieser blieb vollständig kaltblütig und ruhig.“  
„Sehe dich nur wieder hin und führe keine unnütze Komödie auf; ich bin durchaus nicht daran ungeschickten. Ich würde auch, wenn du nicht mein Bruder wärest, einem Mann, der sich einer Ehre und Pflicht so wenig bemußt ist, sowieso jede Genuatung verweigern — still, was willst du? Doch ich noch an deine Ehre glauben soll? — Gib mir die Beweise und ich will es tun. Du hast das Mädchen, das vorher brav und ungeschickten war, unvollständig gemacht — es liebt dich trotz allem noch.“  
„Schlimm genug, ich kann sie zu meiner Frau nicht machen“, wurde im Moment unwillkürlich gesagt.  
„Warum? Niemand ahnt von ihrem Selbsttritt, und sonst ist es ein lächerliches, schickliches Mädchen, mit dem du überal! Ehre anleeren kannst. Der alte Baumann ist ein Ehrenmann durch und durch.“  
„Ich müßte den Dienst quittieren.“  
„Nun, lo quittierst du ihn.“  
„Konrad!“ Horst sah den Bruder so entsetzt an, als zweife er nun ernstlich an seinem Verstand. „Und was machst du, wenn denn aus mir werden soll?“ fragte er böhmisch.  
„Dazu wird sich Rat finden; ich werde dich sicherlich nicht im Stich lassen.“  
„Und von deiner Gnade soll ich abhängen sein?“  
„Wilt du es jetzt nicht auch?“  
„Sa, ha, ha!“ Horst lachte plötzlich laut und dröhrend an. „Seht geht mit end ein Entschieder auf, wie konnte ich auch bis jetzt lo auf den Kopf gestanden sein! Du willst mich ungeschicklich machen, um — die andere desto sicherer —“  
„Welche andere? Von wem sprichst du?“ fragte er rad merkwürdig erregt.  
„Du weißt es selber als ich, von Melitta Catalista natürlich.“  
(Fortsetzung folgt.)



Die Japaner haben die Stellungen längs des Wulungkanals besetzt. Ferner bombardieren japanische Flugzeuge Eisenwerke, um sich das Konzentrieren des chinesischen Oberkommandierenden Zielfeld zu befinden. Inzwischen haben sich die Kämpfe bei Tschepai belebt, wo japanische Artillerie ein heftiges Feuer eröffnet hat. Die Japaner meinen, daß die chinesische Batterien in Tschepai zum Schweigen gebracht haben.

An vielen Stellen sind neue Brände ausgebrochen, die von der internationalen Niederlassung aus gut beobachtet werden können. Durch eine japanische Granate wurde ein chinesisches Munitionslager mit lautem Knall in die Luft gesprengt.

In die internationale Niederlassung sind eine Reihe von Granaten und Granatsplitter gefallen. Einige Chinesen wurden getötet und verwundet. Eine Granate fiel in eine Schar spielender amerikanischer Kinder, glücklicherweise ohne zu explodieren. Zwei Schrapnells rissen den Garten des Botschafts der internationalen Polizei auf. Sein zweitögiger Sohn, der gerade im Garten spielte, kam ohne Schaden davon.

## Größte Besorgnis in London.

London, 21. Februar.

Angesichts der ersten Krise im Fernen Osten wurde ein besonderer Unterausschuß des Kabinetts für Schanghai eingesetzt, zu dem u. a. der Außenminister, der Kriegsminister und der Erste Lord der Admiralität gehören.

Die Mitglieder haben Anweisung erhalten, sich jederzeit für Sitzungen bereitzustellen und dürfen sich auch während des Wochendes nicht allzu weit von London entfernen. Der Nachdienst der Admiralität und im Kriegsministerium ist verhängt worden.

## Kriegserklärung an China?

Entscheidende Beratungen im japanischen Kabinetts.

Tokio, 20. Februar.

In der Kabinettsitzung am Freitag erhielt der Kriegsminister Bericht über die Lage in Schanghai, die immer ernsteren Folgen annehme, da die 19. chinesische Armee in Schanghai dauernd durch große Truppenzüge unter dem Oberbefehl Liangshangtschick verdrängt werde. Die Kabinettsmitglieder kamen, wie verläutelt, überein, ihr äußerstes zu tun, um eine Verschlechterung der Lage, die möglicherweise eine Kriegserklärung nötig mache, zu verhüten.

Wie ergänzend aus Schanghai gemeldet wird, treffen in Nanjing ununterbrochen neue Truppenzüge aus Nordchina ein. In neutralen Kreisen der internationalen Niederlassung wird die Stärke der zugehört im Gebiet von Schanghai befindlichen chinesischen Truppen auf etwa 100 000 Mann geschätzt. Es sollen auch neue Divisionen, die mit Flugzeugabwehrgeräten ausgerüstet sind, eingetroffen sein. Die japanischen Truppen werden auf 18 000 Mann geschätzt.

## Letzter Appell Chinas in Genf.

In der voraussichtlich letzten öffentlichen Sitzung des Völkerbundes am 20. Januar tritt der Völkerbund in die Verhandlung des Völkerbundes nach dem Freitag eine außerordentlich scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Japans und Chinas statt. Die Sitzung begann mit der Mitteilung des Völkerbundespräsidenten Paul-Henri Doumer, daß der Völkerbundrat auf Grund des chinesischen Antrages nimmend zur Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes schreiten müsse.

## Der chinesische Gesandte Jen

gab sodann in größter Erregung eine kurze Erklärung ab. Er teilte mit, daß der bisherige Kriegszustand in Schanghai jetzt den Charakter eines offenen Krieges angenommen habe. Das japanische Oberkommando habe 40 000 Mann in Schanghai gelandet, die mit Giftgasbomben und Dum-Dum-Geschossen ausgerüstet vorgehen. Die japanische Regierung ist offensichtlich entschlossen, ihre Gewalttätigkeit gegen China weiter fortzusetzen. Die japanischen Truppen seien zum Angriff übergegangen. Schanghai blicke nur die Operationsbasis. Der Appell der zwölf Kaismächte sei ohne Wirkung geblieben.

Das japanische Ultimatum laufe am Sonnabend um 17 Uhr ab. Man müsse am Vorabend einer Schlacht vor größter Ausdehnung, an der Hunderttausende von Truppen mit modernen Ausstattungen und 40 Kriegsschiffe teilnehmen. Die Lage sei nicht unheilbar, die chinesische Regierung habe sich daher entschlossen, den Völkerbund zum sofortigen Zusammentritt zu erwidern, um unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Man müsse losst nicht rechnen, daß ein furchtbares Blutbad in den nächsten Tagen stattfinden.

## Japan deckt die Karten auf.

Der japanische Botschafter Sato gab sodann unter der größten Spannung des bis auf den letzten Nagel gefüllten Sitzungssaales eine grundsätzliche Erklärung ab, in der er zum ersten Male vor dem Rat in unerwartet streppeloser Offenheit das gesamte politische Eroberungsprogramm Japans im Fernen Osten offenbarte. Der Botschafter verleitete zunächst noch einmal das Vorhaben Japans in Schanghai und bestritt dem Rat das Recht, den Völkerbundsvertrag auf den Konflikt anzuwenden. Sodann erklärte der Botschafter, dem Rate eine bedeutende Mitteilung machen zu müssen: Die Unabhängigkeit der Mandchurien sei nicht zu loben ausgerufen worden. Japan habe also weitgehende Interessen in der Mandchurien und begriffe eine Bewegung mit Sympathie, die den Schutz und die friedliche Entwicklung für japanische Interessen in der Mandchurien sichere.

Die japanische Regierung unter der Führung des unabhängigen Bewegungen in der Mandchurien. Wenn China später einmal eine normale Zentralregierung habe, so sei die japanische Regierung bereit, sich mit China über das endgültige Schicksal der Mandchurien zu verständigen. Japan verfolge keine territoriale Absichten in der Mandchurien und wolle sich nur die Mandchurien als Tätigkeitsfeld für seine überflüssige Bevölkerung und für seine wirtschaftliche Entwicklung sichern. Die japanische Regierung sei bereit, ihre Truppen aus der Mandchurien zurückzuführen, sobald das Ziel erreicht sei, daß der japanischen Auswanderung und den japanischen wirtschaftlichen Interessen keine Schwierigkeiten mehr bereitet würden. Japan werde keine Truppen jedoch nur unter der Bedingung zurückziehen, daß der Schutz der Interessen Japans von einer neutralen Streitmaßnahme übernommen werde.

## Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

## Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 22. Februar 1932.

Der gefrige Sonntag Memorisere man dem Gedächtnis der Befallenen des Weltkrieges gerecht. Als äußeres Zeichen des Tages hatten die öffentlichen Gebäude die Flaggen Halbamt gehißt. Die Vaterländischen Vereine bezogen unter zahlreicher Beteiligung mit unfluren Fahnen ihr Gedächtnis durch einen gemeinsamen Kirchgang. Außer den genannten Vereinen hatte sich noch eine stattliche Zahl Gemeindeglieder im Gotteshaus eingefunden, Angehörige der auf dem Felde der Ehre gebliebenen, die Erbauung und Trost im Gotteswort suchten. Die Gedenkpredigt hielt Propst Vertram. Er zeigte in seinen Ausführungen, daß die jüngere Generation den Volkstrauertrag, da sie mit den Befallenen in keinem persönlichen Verhältnis gestanden hätten, nicht so tief empfinden, aber was sie aus ihm lernen sollten, das ist die Ehrfurcht vor denen, die gleich mit die Befallenen bereit waren, ihr Leben für das Vaterland hinzugeben. Weiterhin zeigte der Prediger an Hand eines Bibelwortes, daß sich in der Weltgeschichte alles wiederholt und daß auch für das deutsche Volk bei rechtem Gottvertrauen ein Wiederanstieg möglich ist. Mit den Ergreifungen des Todes vom guten Kameraden fand der Gedenkdienst sein Ende. — Das anfänglich gute Wetter in den Vormittagsstunden lieh am Nachmittag einer rauhen Witterung Platz gemacht. Trägern lenkten doch viele ihre Schritte zum Friedhof, zur Stätte, die den Gefallenen geweiht ist. Von lebender Hand waren die Hügel geschmückt. Am Gedenktage sowie am Kriegserdenkmal hatten die Stadt und die Vaterländischen Vereine Kränze niedergelegt.

Bergisch mein Volk.

Die treuen Toten nicht."

Auch der Männer-Turn-Verein gedachte seiner gefallenen Mitgliedern durch Kranzniederlegung am Gedenkfest am dem Sportplatz.

\* Die Militärenten für März werden bereits am Sonnabend, den 27. B. Mts., im Bürgerpark gehalten. Bergisch. (Eine neue Förderbrücke der Grube „Berta“). Die Grube „Berta“ hat der Allgemeinen Transportanlagen-Gesellschaft-Vertrag für eine Förderbrücke erteilt. Die Gesellschaft hat jetzt mit dem Bau begonnen. Die vier Montageräume stehen schon. In schwindender Höhe sind Monteur beschäftigt, die elektrischen Anlagen für die beiden Aufzüge herzustellen. Erst nach Fertigstellung dieser Vorbereitungen kann der eigentliche Bau der Brücke beginnen, der noch mehr als ein Jahr dauern wird. Die Baustelle liegt unmittelbar an der großen Berliner Landstraße in der Nähe des Gaskohles „Zum Grauen Stein“. Man hat von der Straße über die Grube und den Bau einen imposanten Ueberblick. Sicher wird nach Inbetriebnahme der Förderbrücke die Straße verlegt werden müssen, da die jetzige Grube westlich der Chauvee liegt und die hauptsächlich Kohlenlager östlich in der Richtung nach Neuden-Kotta-Übhausen liegen.

Bad Schmiedeberg, 19. Febr. Um das Sparkassen-Amt. Der Beschluß der Schmiedeberger Stadtverordneten, für die Städtische Sparkasse einen eigenen Diensträumen anzufahren, sieht mehrere Kreise. Weil der nationalgeheinte Amtsdienstort gegen diesen Beschluß Einspruch erhob, haben die Stadtverordneten einen Antrag auf Entfernung des bisherigen Richters beim preussischen Justizministerium eingebracht. In nicht mißverständlicher Weise wendet sich jetzt die Sparte der Klasse gegen die Anwendung des Kraftwagens, die unnötig gewesen sei; dieser Beschluß sei bestimmt nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. — Der Kraftwagen scheint sich allmählich für die Schmiedeberger Stadtverordneten zu einem neuen Kaufobjekt entwickeln zu wollen.

Dranienbaum. (100 Jahre alte Baumstämme). In den letzten Wochen ist im englischen Teile des Schloßgartens eine rationale Durchforstung im Gange. Dabei mußten auch eine Anzahl von über 100 Jahre alten Rieseneichen von 20—24 Meter Höhe gefällt werden. Wegen Ueberalterung und drohender Katastrophe ist dieser Schritt notwendig. Außerdem kann ein Ertrag selbst diese Risiken glatt umfassen und hierbei Anteil anrichten.

## Der Substanzlophorenkflug.

Nach einem beim Bistertende-Verein für Luftfahrt am Donnerstagabend eingeleiteten Telegramm ist der Besson „Ernst Brandenburg“ in den Nachmittagsstunden bei Dipe (in Wessalen) sehr glatt gelandet. Die 9000-Meter-Höhe wurde erreicht. Auf Einseitigen des Fluges, genaue Flugdauer usw. wird sich erst Näheres sagen lassen, wenn das Bordbuch zur Stelle ist.

## Reichsverkehrsminister Treidmann in Magdeburg.

Um die Mittelstandsaufgaben. Magdeburg. Am Freitag vormittag hatete Reichsverkehrsminister Treidmann in Magdeburg einen Besuch auf sein Besuch galt einer eingehenden Besichtigung der Industrieanlagen in Rotthofen, insbesondere der Hafenanlage der Mittelstandsaufgaben-A.G. Daneben besichtigte der Minister auch noch den alten Magdeburger Handwerkerschiffen. Von den Industriekriegsgeheimnissen waren an der Besichtigung beteiligt: Oberbürgermeister Schalk, von der Bergwerks-Gesellschaft Genz von Giesels Erben, von der Stadt Oberbürgermeister Rüter und Bürgermeister Goldschmidt. Ferner nahmen an der Besichtigung teil, Oberpräsident Dr. Falk, Regierungspräsident Weber und Landtagspräsident Wittmann als Stadtrat der Stadt Magdeburg Stadtbaurat Götz und Baurat Nadermann erläuterten der Minister die gesamten Industrieanlagen in Rotthofen, während die Vorstände der in Frage kommenden Gesellschaften die Unterrichtung des Ministers über die einzelnen Anlagen übernommen hatten. Am Nachmittag feierte der Minister nach Berlin zurück.

Wie wir zu dem gefrigen Ministerbesuch erfahren, hat Reichsverkehrsminister Treidmann den zahlreichen Wünschen der Stadt gegenüber volles Verständnis gezeigt, was schon daraus hervorgeht, daß er über die in Frage kommenden Gegenstände vorher schon eingehend unterrichtet war. Was sprach über die Zukunft der großen Anlage was schon aus dem Namen der an der Besichtigung teilnehmenden Herren hervorgeht.

Gegenüber anders lautenden Bemerkungen in der letzten Zeit erlaubt man, daß die Aussicht des Baues des

Zwischenstückes Erben günstig steht. Wenn auch an der Fertigstellung des Baues gewagt wurde, so dürfte doch, mit der Fertigstellung des Baues früher zu rechnen sein, als man annahm.

## Wer ist der tote Knabe? — 100 Mark Belohnung.

Magdeburg. Der Fund der Knabenleiche am Bühnenkopf der Elbe bei Herrenburg hat noch nicht seine Aufklärung gefunden. Der Polizeipräsident hat jetzt eine Belohnung von 100 Mark für Mitteilungen ausgesetzt. Die zur Ermittlung der Eltern des Knaben dienen. Der Knabe, in dem sich der Knabe befand, trägt den Ausdruck einer Firma mit den Endsilben „... jehewitz“, ferner die Bezeichnung „Berlin-Nordbahnhof. Unverfälscht“ und eine Gewichtsangabe.

## Revolte im Erziehungsheim.

Burg b. Magdeburg. Am Donnerstag wurde die Revolte von der Erziehungsanstalt Gut Witten alarmiert. Hier waren acht Zöglinge auffällig geworden, und, da ein Unfuggehen der Unruhe befürchtet wurde, hatte die Anstaltsleitung es vorgezogen, die Polizei zu rufen. Die auffälligen Zöglinge wurden von den übrigen isoliert und sollen von einem nach Burg entandenen Landrat vernommen werden. Die Behandlung und das Essen in dem Erziehungsheim sollen folgen. Der Grund zu der Revolte ist noch unbekannt. Hier muß erst die Unterdrückung der Revolte geschaffen.

## Freiwillige Gefahlsfürung als Notopfer.

Hettstedt. Um der Entlassung von 13 Angestellten vorzubeugen, hat der Angestelltenrat der Mansfeld A.-G. den Angestellten vorgeschlagen, ein freiwilliges Notopfer zu bringen. Man vereinbarte eine freiwillige Gefahlsfürung von einem Prozent bei den geringer besahlten Angestellten und von fünf Prozent bei den höher Besoldeten.

Bodwisch (Kr. Liebenwerda). Zwischen kommunisten, die eine nationalsozialistische Versammlung zu prägen versucht hatten, und der Landjäger, die die etwa 400 Mann starke Menge zerstreuen wollte, kam es Donnerstag, spät abends zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf von den Landjägern scharfe Schüsse abgegeben wurden. Sieben kommunisten wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

## Eidendorfer Landfriedensbruch vor Gericht.

Schönebeck-Bez. Salzhelm. Die Vorgänge im nahen Eidendorf (Kr. Salze), die sogar eine Anfrage im Preussischen Landtag veranlaßt haben, sollen Gegenstand des Landfriedensbruchsprozesses vor dem hiesigen Erweiterter Schöffengericht werden. Man rechnet mit einer Prozedur von drei Tagen. 60 Zeugen sind geladen.

## Moderne Werbung für Magdeburg.

Magdeburg. Die Mittelstandsaufgaben-A.G. hat eine Werbefahrt herstellen lassen, die eine Sachleistung der modernen Graphik und Merkmale darstellt. Die Schrift will Großindustrielle und reaktionäre Werte davon überzeugen, daß sie sich unbedingt in Magdeburg niederlassen müssen, um ihnen die günstigen Verhältnisse und ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten erschließen.

## Schiffe auf einen Personenzug.

Magdeburg. Auf den Personenzug 453 wurde Donnerstagabend kurz vor dem Bahnhof Wolmirstedt ein Alitalia-Perib. Der Zug wurde belassen und dabei ein Feuer in der Personenzugwagen zerrüttet. Doch kam niemand zu Schaden. Die angestellten Nachforschungen nach dem Täter hatten keinen Erfolg.

## Politische Schlägereien in Neubabensleben.

Neubabensleben. In der Nacht kam es hier vor dem Gewerkschaftsbaus zu einer wilden Schlägerei. Die Schlägerei hatten sich halbweilige Burden verschiedener politischer Richtungen in den Haaren. Die Prügeleien liefen sich auch in anderen Stadteilen fort. Polizeiliche Ermittlungen über die Kaufleute, bei denen es auch einige Verletzte gab, sind noch nicht abgeschlossen.

## Die Konserwativen für Hindenburg.

Dresden. In einer Versammlung der Konserwativen Volkspartei sprach Graf Westarp über das Thema „Das Schicksaljahr 1932“. Der Redner bezeichnete das Eingehen für die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl vom Standpunkt der Ehrfurcht, der nationalen Würde und des Anstandes aus als Selbstverständlichkeit. Die Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs durch die Rechtsopposition sei unberechtigt. Die Persönlichkeit Hindenburgs habe besondere außenpolitische einen unerschütterlichen Wert. Die Rede Dr. Brüning in Genf zur Währungsfrage bezeichnete der Redner als etwas zu milde, daß habe Dr. Brüning alles Wesentliche zur Sprache gebracht.

## DVP. für Hindenburg, aber gegen Brüning.

Delpzig. Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey äußerte sich hier über die Reichspräsidentenwahl. Er erklärte, daß die Person Hindenburgs nicht in irgend ein System von Parteien oder Tagespolitik einzuordnen sei, sie bleibe das lebende Symbol für deutsches Fühlen, deutsches Handeln und deutschen Glauben. Es gebe daher nur eins, ein Treuebekenntnis ohne Bedingungen, das bekundet wird durch die Tat. Dr. Dingeldey macht dem Reichspräsidenten den Vorwurf, nicht zur Erleichterung der Kandidatur Hindenburgs, sondern im Interesse der Außenpolitik, durch eine Demission den Willkür der nationalen Opposition Gelegenheit zur Verwirrung gegeben zu haben. Auch die Probleme der inneren Politik können nicht mit dem jetzigen Kurs der Halbtage, verursacht durch den schrankenlosen demokratischen Parlamentarismus, gelöst werden. Die Deutsche Volkspartei wird in den kommenden Entscheidungen der Reichsregierung ihr Mißtrauen nachdrücklich und scharf bekunden.

## Brand bei den Ritterswerfen.

Meißen. In den Ritterswerfen in der Nähe des Bahnhofs Niederan entstand nachts ein bedrohliches Großfeuer, zu dessen Bekämpfung die gesamten Feuerwehren der Umgebung alarmiert wurden. Der Brand war in dem am Ende der Werksanlagen gelegenen Gelände der Benzolfabrikation ausgebrochen und überdeckte das große Bauwerk fast vollständig ein. Über die Entstehungsursache des Feuers ist

## Die Sorge um die Ernährung.

Beimar. Die Thüringische Hauptlandwirtschaftskammer hielt am Sonnabend vormittag im Plenarsaal des Landtages von Thüringen ihre 10. und letzte Vollversammlung in ihrer alten Zusammenlegung ab.

Kammerpräsident von Thibon meinte, daß die neu zu wählende Hauptlandwirtschaftskammer durch den Einzug einer Reihe von nationalsozialistischen Landwirten ein wesentlich anderes Aussehen erhalten werde. Der



Präsident gedachte der Notlage der Landwirtschaft und gab dem Reichsminister den Wunsch aus, daß 1932 eine Besserung bringen möge.

**Staatsminister Baum**

betonte, daß er den Niedergang der deutschen Landwirtschaft in seiner Eigenschaft als Finanzminister des Landes, aber auch infolge seiner engen Verbundenheit mit der heimischen Landwirtschaft besonders eindringlich fühle. Es sei kein Märchen, wenn von anderer Seite daran erinnert werde, daß die Produktion der Milch in Thüringen noch keineswegs ausfallen sei und daß die Produktion der deutschen Landwirtschaft weiter zurückgeht. Die thüringische Regierung werde sich jederzeit mit allen Kräften dafür einsetzen, das Fundament des pflanzlichen und tierischen Lebens, den Bauernstand, zu retten. (Bravo!)

So hat sie sich für eine Reihe von Hilfsmaßnahmen bei der Reichsregierung eingesetzt. Die thüringische Regierung hat sich besonders behäftigt für solche Landwirte eingesetzt, die durch Restrukturierungen in eine missliche Lage geraten sind. Sie hat zu allen Zeiten versucht, das Milchgeld zu verändern, leider ohne Erfolg. Den zur Durchführung der Bestimmungen des Milchgesetzes dringend notwendigen Zusammenstoß der Betriebe werde die Regierung mit allen Mitteln fördern. Der thüringische Milchmarkt solle so gestaltet werden, daß die Einfuhr auswärtiger Milch nach Thüringen nicht notwendig ist.

**Wirtschaftspolitische Tagung der Deutschen Nationalen.**

Gera. Der Landesverband Thüringen und der Wirtschaftsausschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei hatten gestern abend in Gera mit den Vertretern der Wirtschaft und Industrie Thüringens eine wirtschaftspolitische Aussprache. Der dem Parteiführer Hugenberg nachstehende Berliner Oberfinanzrat Dr. B. a. g. potentierte gegen die seit dem Weltkriege in Deutschland betriebene Wirtschaftspolitik, der er die Schuld an der jetzigen Not gab. In scharfen Worten betonte der Redner die grundsätzlich feindliche Einstellung der Deutschen Nationalen gegenüber den Regierungen in Berlin und der Gewerkschaftspolitik. Die Deutschen Nationalen wollten Befreiung der Privatwirtschaft von allem die Produktionsfaktoren hemmenden Zwang. Dr. B. g. demonstrierte die Gerichte, die Nationale Opposition hätte in Harburg Inflationsabsichten gehegt. Er meinte, daß vielmehr die Reichsregierung durch ihre Wirtschaftspolitik sehr stark in die Gefahr einer Inflation geraten sei: man finanziere die Noten heute mit Finanzwechseln, statt mit Wirtschaftswachstum.

**Saalklacht in Saarau.**

**Blutige politische Auseinandersetzungen.**

Schweidnitz, 21. Februar.

Zu heftigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern kam es bei einer in Saarau (Kreis Schweidnitz) im Gasthaus „Zur Hütte“ veranstalteten nationalsozialistischen Kundgebung, die zu Tätlichkeiten und einer großen Saalklacht ausartete. Die Landjäger brachte die Streitenden zunächst auseinander. Mehrere Schwerverletzte lagen am Boden.

Die Tätlichkeiten setzten sich dann auf der Straße fort, wobei auch geschossen wurde. Der nationalsozialistische Jungmann Martin Bader aus Kroitzsch bei Schweidnitz wurde tödlich getroffen. Einem Unbeteiligten, dem Brauereiverwalter Köster aus Saarau, wurde mit einem Stein der Schädel eingeschlagen. Soweit bisher ermittelt werden konnte, sind fünf Schüsse gefallen, von denen vier getroffen haben.

**Neues aus aller Welt.**

**Haftbefehl gegen Generaldirektor Hadebeil.** Wegen Flußüberwachungs- und Verdunstungsgefahr ist gegen den Generaldirektor Guido Hadebeil, der nach seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft festgenommen und ins Moabitier Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert wurde, Haftbefehl erlassen worden. Generaldirektor Hadebeil wird der Bilanzfälschung, weiterer Kontoforgerbrechen des Betrages und der Untreue beschuldigt.

**Wegen Untreue zu Gefängnis verurteilt.** Der Direktor der städtischen Betriebswerke in Wehla, Dipl.-Ing. Leo Ehler wurde unter weitgehender Zubilligung während der Monate wegen fortgesetzter Untreue zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ehler hatte vor einigen Jahren für den Bau eines Jugendhauses des Bürgermeisters von Wehla, Röh, städtische Materialien und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Die Kosten hierfür wurden dann der Stadt zur Last gelegt.

**Studienrat befragt die Eltern seiner Schüler.** In Neuwied begann vor dem Erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen den früheren Studienrat Dr. Adolf Müller, der bis zum Sommer des vergangenen Jahres am Neuwieder Gymnasium tätig war. Dr. Müller und sein Bruder, der Kaufmann Joseph Müller aus Wehlar, wird zur Last gelegt, sich in 84 Fällen in betrügerischer Weise Darlehen

im Gesamtbetrage von 270.000 Mark verschafft zu haben. Ungebetet sind nach immer etwa 175.000 Mark. Dr. Müller ließ sich in der Hauptphase bei den Eltern seiner Schüler Geld, das er zusammen mit seinem Bruder zur Gründung einer Kaufhausgesellschaft in Wehlar und zur Auswertung einer Erfindung eines Buchdruckers verwendete.

**Wieder Schiffahrt auf der Elbe.** In vollem Umfang ist die Schiffahrt auf der hamburgischen Oberelbe wieder aufgenommen worden, nachdem der Eisstand infolge des milden Wetters der letzten Tage erheblich zurückgegangen ist.

**Zugunfall.** In Leimertitz erlitt der D. Zug 51, der von Wien über Leimertitz kommend um 7.10 Uhr in Berlin eintreffen sollte, einen Unfall. Ein Schlafwagen des Zuges entgleiste. Der Schaffner dieses Wagens bemerkte den Unfall rechtzeitig und zog die Notbremse, wodurch ein größeres Unglück verhindert werden konnte. Schaden ist nicht entstanden. Die Fahrgäste des D. 51 trafen mit dem Zug um 13.31 Uhr in Berlin ein.

**Flammenlod dreier Kinder.** Drei Kinder fanden in einer Ortschaft im Gredener Tal (Südriß) den Tod in den Flammen. Die Mutter hatte ihre Kinder abends zu Bett gebracht und dann einen Bekannten in der Nachbarschaft aufgejuchet. Als sie sich nach einiger Zeit zum Heimgehen anschickte, sah sie ihr Häuschen in hellen Flammen stehen. Man fand eines der Kinder tot im Bette und die beiden anderen als Leichen im angrenzenden Stall, wohin sie vor dem Feuer gestürzt waren, das durch einen alten Ofen entzündet war.

**Die Verhandlungen innerhalb der Nationalen Opposition.**

In verlebtenen Wintern werden über die Verhandlungen innerhalb der Nationalen Opposition die verschiedenartigsten Gerüchte niedergelegt. Während es auf der einen Seite heißt, daß die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm sich bereits auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten, glaubt man andererseits sagen zu können, daß dahingehende Verhandlungen sich zerlagern hätten. Bei allen diesen Presseäußerungen handelt es sich um Mutmaßungen. Die DNVP hat ihre Bemühungen, ein einheitliches Vorgehen in der Frage der Reichspräsidentenwahl innerhalb der gesamten Nationalen Opposition zu erzielen, fortgesetzt. Vor Montag ist mit dem Bekanntwerden tatsächlicher Vereinbarungen keineswegs zu rechnen.

**Dienstag, den 23. Februar Bibelstunde**

abends 8 Uhr im Bürgeraal  
Prediger Weikermann-Wittenberg.  
Dazu wird herzlich eingeladen

**Rabatt-Sparverein**

Unserm Verein haben sich weiterhin angeschlossen und geben bei Barverkäufen 3% Rabatt  
Fritz Hesse, Frau Ww. Mengewein.  
Der Vorstand.

**Seeffische billiger!**  
Schellfisch, Kabliau  
Goldbarsch, Fischfilet  
**grüne Seringe**  
la, Vollbücklinge, Seelachs  
Fleckseringe, Lachseringe  
empfiehlt frisch eingetroffen  
**Richard Tempelhof, Tel. 256**  
Frisch eingetroffen

**Grüne Seringe**  
**ff. Bücklinge**  
bei  
**S. G. Glaubig**

**Effa-**  
**Zigarettenpapier**  
**Katro-**  
**Zigarettenwickler**  
wieder eingetroffen bei  
**Richard Arnold, Kemberg**

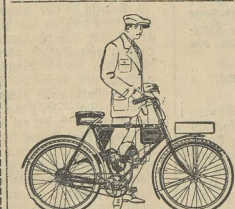
**Zahn-Atelier**  
**Fr. Genzel**  
Dentist.  
Vollst. schmerz lindern des  
Zahnziehen  
Plombieren in Gold, Silber  
und Kupferamalgam  
Anfertigung künstlicher  
Zähne in Kautschuk, Gold u.  
unedten Metallen, sowie  
Kronen, Brückenarbeiten  
und Stützähne.  
Reparaturen werden schnell-  
stens ausgeführt.

Nach dem  
**Waldhaus Niemiß**  
zur Schrammeltapelle  
Schneeglöckchen

**Frische**  
**Seeffische extra billig**  
1 Pfd. 25, 3 Pfd. 70 Pfg.  
**grüne Seringe**  
**ff. Fettbücklinge**  
**Paul Mierhichte, Burgstr.**

**Junge**  
**hochtrag. Leinetub**  
und eine  
**frischmeltende Spanntub**  
verkauft **Weinbergstraße 22**

**Fließiges ordentliches**  
**Mä d c h e n**  
ca 20 Jahre alt, die melken kann  
und mit allen landwirtschaftlichen  
Arbeiten vertraut ist, zum 1. März  
gehucht. Zu melden in der Expe-  
dition d. Blattes.



**TORPEDO**  
**Herren- und Damen-**  
**Motor-Fahrräder**  
mit Zweitakt-Sachs-Motor  
— Steuer- und Führerheinfrei —  
Gewicht ca. 33 kg

**Torpedo-Fahrräder und**  
**Schreibmaschinen**  
**Weilwerke A.-G.**  
Frankfurt a. M.  
Rödelheim

**Schazi,**  
wohin gehen wir am  
Mittwoch abend?

Prima frisches  
**Rindfleisch und**  
**Flecke**  
täglich  
**frische Würstchen**  
Pfund 80 Pfennig  
empfiehlt **Heinrich Schneider.**

Täglich  
**frisch. Würstchen**  
Pfund 80 Pfennig  
empfiehlt **Willy Röh**  
Morgen Dienstag von 1/2 2 Uhr  
ab frische

**Schaum-, Fasten-,**  
**Mohn- und**  
**Rümmel-Brezeln**  
**D. Hermann, Bäckerei**  
Morgen Dienstag ab 1/8 8 Uhr  
**ff. Speckfuchen**  
Nachmittags ab 2 Uhr frische  
**Pfann- und Spritzfuchen**  
**Bäckerei Berndt**

**Lenatol**  
best. Messingpugmittel  
empfiehlt **Richard Arnold**  
**Bahnhofswirtschaft**  
Kemberg · Jeden Dienstag  
**Skatabend**  
Sonntag, den 28. Februar  
**Fastnachten**

**Bürger-Verein**  
Morgen Dienstag, den 23. Februar  
abends 7 1/2 Uhr in der goldenen  
Weintraube  
**Verammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Vorstand.**

Heute früh verschied plötzlich und unerwartet nach einem arbeitsreichen Leben einen Tag vor seinem 72. Geburtstag unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater,  
der Auszügler  
**Karl Schröler**  
Dies zeigt tiefbetriibt an  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Familie Karl Härta**  
Rotta, den 22. Februar 1932  
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 1/3 3 Uhr statt

**Danksagung**  
Es ist unser innerstes Bedürfnis, allen denen zu danken, die unserer lieben Entschlafenen in so überreichem Maße das letzte Geleit zur Ruhestätte gaben, sowie für die vielen Kranzspenden. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Langbein für die Trostesworte und Herrn Lehrer Hans Pade nebst Kindern für den schönen Gesang. Herzlichen Dank dem Vaterländischen Frauenverein für die zahlreiche Erweisung der letzten Ehre und Kranzspende.  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Wilhelm Pietzner**  
Kemberg, den 22. Februar 1932

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme beim Heimzuge unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank aus  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Emma Sattler geb. Hille**

**Danksagung**  
Für die mir beim Heimzuge meiner lieben Frau erwiesene Teilnahme sage ich allen meinen herzlichsten Dank  
Kemberg, den 22. Februar 1932  
**Ernst Groschopf**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203





# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedeutend geringere oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 23

Dienstag, den 23. Februar 1932

34. Jahrg

## Brennholzversteigerung.

Donnerstag, den 25. Februar, um 10 Uhr, sollen im Stadthof Dypin

- 43 rm tief. Scheitholz,
- 60 rm tief. Kollholz,
- 14 rm buch. Kollholz,
- 14 rm eich. Kollholz,
- 5 rm birf. Kollholz und
- 34 Reifighaufen

versteigert werden. Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 19. Februar 1932.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung. Berlin, am 4. Februar 1932.

Entwurf der Höchstpreisversteigerung. Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 747) trifft ich folgende

- 1. Die Preise für Höchstpreise werden bei Abgabe an den Versteigerer gegenüber dem Stamme vom 8. Dezember 1931 mit Wirkung vom 6. Februar ab wie folgt festgesetzt:
- a) Somit nach den bisherigen Verkaufspreisen das 1/100 Alter mit höchstens 4 Pfd. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 1 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 2 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt ausschließlich . . . . . um 3 Pfd.
- bei Flächen von 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 4 Pfd.
- b) Somit nach den bisherigen Verkaufspreisen bis 1/100 Alter mit höchstens 5 Pfd. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 1 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 2 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt ausschließlich . . . . . um 3 Pfd.
- bei Flächen von 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 4 Pfd.
- c) Somit nach den bisherigen Verkaufspreisen das 1/100 Alter mit mehr als 5 Pfd. berechnet wurde, ist der Verkaufspreis mindestens zu setzen:
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 2 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 4 Pfd.
- bei Flächen bis 1/100 Alter Inhalt ausschließlich . . . . . um 6 Pfd.
- bei Flächen von 1/100 Alter Inhalt . . . . . um 8 Pfd.

Somit beim Zutritt zum Verkaufsort die Preise gegenüber dem Stamme vom 8. Dezember 1931 bereits festgesetzt sind, bleibt es bei der weitergehenden Entzung. gez. Dr. Goerdeler.

Veröffentlicht: Kemberg, den 22. Februar 1932. 26) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

## Stadtverordneten-Sitzung

Mittwoch, den 24. Febr., 20 Uhr, im Rathaus. Tagesordnung:

- 1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
- 2. Kenntnisnahmen,
- 3. Beschlüsse für einen Haushaltungskursus,
- 4. Kraftfabrik Kemberg-Beigwitz-Selzig,
- 5. Bauländerverkauf,
- 6. Sonderunterstützungen für Gewerbetreibende.

Sitzsäulenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlasskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlasskarten sind ungültig. Kemberg, den 20. Februar 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher. D. Ludley.

## Aufgebot!

Das Sparbuch Nr. 3667 unserer Kasse, lautend auf Fräulein Martha Noak, Kemberg, mit einem Papiermarkenstand von Mark 620,— ist als verloren gemeldet worden. Wir weisen hiermit darauf hin, daß die Strafrechtsklärung des vorstehenden Sparbuches gemäß § 20 Abs. 4 unserer Satzung erfolgen wird, sofern uns das Buch nicht binnen 4 Wochen vorgelegt wird.

Kemberg, den 19. Februar 1932. 28) Der Vorstand der Stadtparisse zu Kemberg.

## Kaupenverteilung.

Die Besitzer und Nutznießer von Obstbäumen, Obstgärten usw. haben Bäume und Buschwerk spätestens bis 10. März von Kaupenwespen und Blauläusen gründlich zu reinigen. Das gesammelte Ungeziefer und dessen Brutstätten sind

durch Verbrennen zu beseitigen. Unterlassung der Reinigung wird bestraft und auf Kosten der Säumigen von hier veranlaßt.

Kemberg, den 19. Februar 1932. 29) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Der Kreisbaumeister kommt nicht morgen, sondern erst nächsten Dienstag zur Beratung. Kemberg, den 22. Februar 1932.

Der Magistrat. Donnerstag, den 25. Februar, 14 Uhr, Mütterberatungsstunde im Bürgeraal.

Kemberg, den 22. Februar 1932. 31) Der Magistrat.

## Rege Parlamentarische Arbeit.

Die Verhandlungen dieser Woche. Berlin, 21. Februar. Mit Beginn der Woche wird im Reichstagsgebäude wieder reger Betrieb eintreten. Im Laufe des Montag treten die Fraktionen des Christlichsozialen Volksdienstes, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zusammen, um die politische Lage zu besprechen und sich insbesondere auch über ihre Haltung in dem am Dienstagmorgen beginnenden neuen Sitzungsabschnitt schlüssig zu werden.

Gegen Abend findet eine Sitzung des Reichstages statt, der die Dauer des Tagesabschnittes festlegen und auch darüber beschließen wird, ob die Nichtanwesende gegen die Reichsregierung und einzelne Reichsminister gegenüber zur Beratung gestellt oder mit der Beschlußfassung über die Wahlfrage für die Reichspräsidentenwahl in Verbindung gebracht werden sollen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß sich im Falle einer Wahl für eine solche Verbindung entscheiden, in daß dann schon in der Tagesatzung nach einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers über den Zeitpunkt der Wahl die große politische Aussprache beginnen könnte.

Am Dienstag werden vor Beginn der Vollziehung noch mehrere Fraktionen zusammenzutreten. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen werden, wie sie bereits angekündigt haben, an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen und auch ihrerseits Mitfragen vorbringen gegen die Reichsregierung oder einzelne Minister und andere Vorschläge auf Aufhebung von Notverordnungen und Reichstagsauflösung einbringen.

## Zwangsvollstreckung in der Landwirtschaft

Ergänzungs-Verordnung des Reichspräsidenten. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung der Vollstreckung in der Landwirtschaft.



ist über einen auf Grund der alten Ostpreußenhilfe 1927/28 des Gesetzes über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen vom 18. Mai 1929 oder der Verordnung des Reichsprä-

sidenten vom 26. Juli 1930 umgeschuldeten Betrieb die Zwangsversteigerung angeordnet, so ist der Antrag auf Eröffnung des Sicherungsverfahrens unzulässig.

## NSDAP. verlangt Wahlfreiheit.

Telegramme des Abg. Goebbels an Hindenburg und Goener. Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt: Als Reichspräsidentenleiter der NSDAP bitte ich Sie, daß die durch die Notverordnungen erfolgte Einschränkung der Versammlungs-, Rundgebungs- und Pressefreiheit mindestens für die Dauer der bevorstehenden Wahlkämpfe aufgehoben wird, damit ein durch keinerlei behördliche Einflüsse getriebenes sachliches Ergebnis der Wahl zustande kommt.

In einem weiteren Telegramm an den Reichspräsidenten heißt es: „Es widerspricht dem Begriff der Demokratie, daß die durch Artikel 125 der Reichsverfassung gewährte Wahlfreiheit durch die Einschränkung der Kandidatur Hindenburg durch die Notverordnungen erfolgte Beschränkung der Versammlungs-, Rundgebungs- und Pressefreiheit weiter besteht. Artikel 125 der Reichsverfassung gehört nicht zu den Artikeln, die durch Artikel 48 der Reichsverfassung aufgehoben werden können. Wir ermahnen daher von Ihnen als Verfassungsminister, daß Sie für umgehende Aufhebung der einschlägigen Notverordnungsbestimmungen Sorge tragen.“

Die Deutschnationalen schließen sich an. In der Vorstandsitzung der DNVP wurde eine Entschließung angenommen, in der „wenigstens für die bevorstehenden Wahlen eine Aufhebung der durch die Art ihres Anwendung für das nationale Deutschland unerhörten Beschränkungen“ gefordert wird.

## Memelfrage vor dem Rat.

Eine scharfe Rede Bülow. Genf, 21. Februar. Der Völkerverbundrat ist unerwarteter Weise zur Behandlung der Memelfrage einberufen worden, da der Reichspräsident Paul-Boncour sich noch am Nachmittag nach Paris zu den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung begibt. Die Lage muß durchaus als ernst bezeichnet werden.

Infolge des hartnäckigen Widerstandes des litauischen Außenministers ist der vom Völkerverbundrat auf der letzten Sonnabend-Sitzung angeforderte Bericht der drei Kronjuristen nicht zustande gekommen.

Der Völkerverbundrat sieht daher zunächst vor einer Lage, für die bisher noch kein Ausweg gefunden ist, da die Ablehnung einer jeden Lösung durch den litauischen Außenminister eine Beschlußfassung des Völkerverbundrates unmöglich macht. Der litauische Außenminister stützt sich auf die für alle Beschlüsse des Völkerverbundrates geltende Bestimmung der Einstimmigkeit, da Litauen, das nicht Mitglied des Völkerverbundes ist, nach der Verfassung des Völkerverbundes in einem Streitfall als Mitglied des Rates angesehen wird. In der Aussprache verlangte

der Reichserzkanzler Colban, in seinem Vorschlag an den Rat Feststellung der jetzigen normalen Lage im Memelgebiet, dringende Maßnahmen, um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern, und sofortige Bildung eines verfassungsmäßigen Direktatoriums auf der Grundlage des Vertrauens des Landtags.

Zur Klärung der Rechtsfrage ist der Reichserzkanzler vor, ein Gutachten des Saager Rechtschöpfungsinstituts einzuholen. Der litauische Außenminister Zan u i n s lehnte den Bericht ab. Er behauptete, die gegenwärtige Mehrheit im Landtag stände unter fremdem Einfluß. Die litauische Regierung werde daher zu einer Auflösung des Landtags schreiten müssen.

## Staatssekretär von Bülow

gab dann in ungewöhnlich scharfer Ton eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß ohne jede rechtliche Begründung seit Jahren im Memelgebiet ein Kriegszustand herrsche, daß die litauische Regierung die in der Autonomie festgelegte Presse-, Versammlungs- und persönliche Freiheit eingeschwänkt habe und Schutztruppen aus fremden Elementen gebildet worden seien, um die Bevölkerung dem Willen des Gouverneurs gefügig zu machen.

Seit Jahren lagen fortgesetzte planmäßige Eingriffe der litauischen Regierung gegen die Memellauten vor. Das Verbot der Reise der Mitglieder des Landtags nach Genf sei ein deutlicher Beweis dafür, daß die litauische Regierung offensichtlich alles Interesse habe, den wahren Zustand im Memelgebiet zu verschleiern. Die finanziellen Beziehungen zwischen Litauen und dem Memelgebiet seien seit Jahren in Unordnung. Der Rat müsse jetzt also auch diese Frage in Ordnung bringen. Die Bildung des verfassungsmäßigen letzten Direktatoriums sei nur unter dem Druck des Rates erfolgt.

Obwohl das Direktorium vom Landtag gebildet worden sei, habe die litauische Regierung, ohne ein Verfahren ein-

